

Der US-Journalist Tom Carter vergleicht das neue "Pentagon Handbuch zum Kriegsrecht" mit dem "Ermächtigungsgesetz" der Nazis. (Zweiter von vier Artikeln)

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 216/15 – 25.11.15

## **Das Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht, Teil 2 Rezepte für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur**

Von Tom Carter

World Socialist Web Site, 04.11.15

( <http://www.wsws.org/en/articles/2015/11/04/laws-n04.html> )

Das ist der zweite von insgesamt vier Artikeln über das neue Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht. Der erste Artikel ist aufzurufen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP21215\\_201115.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21215_201115.pdf).

### **Der Rahmen für eine Militärdiktatur**

Die gefährlichsten Passagen des Pentagon-Handbuchs zum Kriegsrecht (s. [http://www.dod.mil/dodgc/images/law\\_war\\_manual15.pdf](http://www.dod.mil/dodgc/images/law_war_manual15.pdf)) sind die Kapitel, in denen auf andere Rechtsgebiete Bezug genommen wird. Nach dem Handbuch steht das Kriegsrecht über allen anderen Rechtssetzungen, auch über den internationalen Verträgen zu den Menschenrechten und über der US-Verfassung. Dieses Handbuch macht also den Weg frei für die Verhängung des Ausnahmezustandes, die Aussetzung der Verfassung und die Errichtung einer Militärdiktatur.

Mit Zitaten aus dem Rechtsgebiet "Militärrecht und Präzedenzfälle" behauptet ein studierter Richter, das Kriegsrecht stehe sogar über der Verfassung: "Im Kriegsfall kann das Militär das geltende Recht eines Staates durch das Kriegsrecht aussetzen. Die Rechtsprechung erfolgt dann nicht mehr durch zivile Gerichte, sondern durch Militärgerichte." Da der Kongress oder der Präsident, die beide Verfassungsorgane seien, den Krieg erklären würden, könne das Kriegsrecht zeitweise sogar die Verfassung außer Kraft setzen [S. 10 des Handbuchs].

Da die USA "im Krieg gegen den Terror" die ganze Welt zum "Schlachtfeld" erklärt haben, könnten sie mit dieser Interpretation des Kriegsrechts auch eine Militärdiktatur über den ganzen Erdball errichten.

Das neue "Pentagon-Kriegsrecht" kann sich weder auf historische Präzedenzfälle noch auf das Völkerrecht berufen. Die in dem Handbuch missbrauchte Bezeichnung "Kriegsrecht" ist nur eine beschönigende Umschreibung für "Faustrecht", das sich das Pentagon damit verschafft.

Das mit juristischen Phrasen getarnte "Pentagon-Kriegsrecht" will dem US-Militär die juristische Handhabe dafür verschaffen, alle demokratischen Rechte zu beseitigen und eine uneingeschränkte Militärdiktatur zu errichten. In dem Handbuch heißt es dazu: "Das Kriegsrecht diene bisher vor allem dazu, kurzzeitige Verbote auszusprechen; wenn es innerstaatliches Recht ersetzt, muss es aber auch die Möglichkeit bieten, Verbote aufzuheben und Regierungsgewalt auszuüben." [S. 14]

Wenn nur einige Worte ausgetauscht würden, könnten diese Thesen auch aus den Schriften des "Nazi-Kronjuristen" Carl Schmitt (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Carl\\_Schmitt](https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Schmitt))

herauskopiert worden sein. Nach Schmitts Thesen zum "Ausnahmestand" darf die Exekutive im Falle eines nationalen Notstandes demokratische Regelungen außer Kraft setzen und Gesetze ignorieren. Dazu müssen die Gesetze noch nicht einmal aufgehoben, sie können auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden.

Die Nazis benutzten Schmitts Thesen zum "Ausnahmestand", um ihr "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Erm%C3%A4chtigungsgesetz> ) zu rechtfertigen; es wurde als "Ermächtigungsgesetz" bekannt und legalisierte die Errichtung der Hitler-Diktatur.

In dem Pentagon-Handbuch werden Schmitts Thesen zum "Ausnahmestand" einfach übernommen, natürlich ohne jeden Hinweis auf ihre Herkunft. Das Kriegsrecht wird als "Überrecht" dargestellt, das über dem "allgemeinen Recht" stehe. [S. 9] Aus Effekthascherei wird noch ein lateinisches Zitat hinzugefügt: "Lex specialis derogat legi generali." (Sonderrecht bricht allgemeines Recht).

Das Pentagon will also in "Kriegszeiten" das in Friedenszeiten geltende "allgemeine Recht" einfach durch das Kriegsrecht ersetzen und hat sich mit seinem "Handbuch zum Kriegsrecht" ein "eigenes Ermächtigungsgesetz" verschafft, das sich durchaus mit dem der Nazis vergleichen lässt.

Im Handbuch des Pentagons wird außerdem festgestellt: Unter Umständen könne das Kriegsrecht – in der Lesart des Pentagons – mit den Regelungen in Menschenrechtsverträgen kollidieren; in Konfliktfällen gelte der Grundsatz, dass in bewaffneten Auseinandersetzungen und Ausnahmeständen das Kriegsrecht als "Lex specialis" andere Rechtsvorschriften – auch in Bezug auf den besonderen Schutz von Zivilpersonen – außer Kraft setze. [S. 9]

Mit anderen Worten, wann auch immer Maßnahmen des Pentagons im Widerspruch zu Menschenrechtsverträgen stehen, werden die Menschenrechtsverträge einfach ignoriert.

Im Handbuch steht auch: "Gestützt wird diese Rechtsauffassung durch die Tatsache, dass das Kriegsrecht auch im allgemeinen Völkerrecht, das in Friedenszeiten gilt, eine Sonderstellung einnimmt. [S. 10]. Das bedeutet, dass US-Militärs in Kriegszeiten die US-Regierung ablösen, nach eigenen Regeln und Vorstellungen regieren können und niemandem verantwortlich sind.

Trotz des Hinweises, dass nach der US-Verfassung eigentlich der Kongress und die Regierung über Krieg und Frieden und den Einsatz des Militärs zu entscheiden haben, setzen die Verfasser des Pentagon-Handbuchs auch diese Festlegung der Väter der US-Verfassung außer Kraft. In der gegen die Herrschaft des britischen Monarchen gerichteten Unabhängigkeitserklärung wird nämlich gefordert, dass die Verfügung über das Militär auf eine zivile Regierung übertragen werden muss.

Sowohl Bush als auch Obama haben sich gern mit dem Titel "Oberbefehlshaber" geschmückt, obwohl der nach Artikel II Abschnitt 2 der US-Verfassung (s. <http://usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf> ) nur "Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte der Vereinigten Staaten und der Miliz der Einzelstaaten (ist), wenn diese zur aktiven Dienstleistung für die Vereinigten Staaten aufgerufen wird". Die Väter der US-Verfassung haben damit das Militär einer zivilen Autorität unterstellt. Sie wollten dem Militär mit dem Präsidenten an der Spitze keinesfalls eine höhere Autorität über den neuen Staat und seine Bevölkerung verschaffen.

Die im Handbuch vertretene Auffassung, die Grundsätze des allgemeinen Rechts seien nur in Friedenszeiten relevant, hat besonders unheilvolle Auswirkungen.

Durch "Menschenrechtsverträge" werden nach Meinung des Pentagons "die Beziehungen zwischen Personen und Staaten hauptsächlich in Friedenszeiten geregelt" [S. 22]. In einem Krieg, auch im Krieg gegen den Terror, der weltweit und zeitlich unbegrenzt geführt wird, hätten Menschenrechtsverträge keine Gültigkeit.

Mit dieser Einschränkung kann sich das Pentagon nicht nur über Menschenrechtsverträge hinwegsetzen. Nach Meinung der Autoren des Handbuches gelten diese Einschränkung auch für die "Bill of Rights" (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Bill\\_of\\_Rights\\_%28-Vereinigte\\_Staaten%29](https://de.wikipedia.org/wiki/Bill_of_Rights_%28-Vereinigte_Staaten%29)) und andere Garantien der Bürgerrechte im allgemeinen Recht, das jetzt nur in Friedenszeiten gelten soll. Nach dem Handbuch gehören auch die "Bill of Rights" zum allgemeinen Recht, das für die gesamte Dauer des "Krieges gegen den Terror" ausgesetzt werden kann.

Aber warum sollten die Militärs es dabei belassen? Sind nicht auch die Wahlen durch Gesetze des nur in Friedenszeiten gültigen allgemeinen Rechts geregelt? Wie steht es um andere bürgerliche Freiheiten? Was ist mit dem Recht auf Redefreiheit oder dem Recht, politische Parteien zu gründen? Wie steht es um das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren? Was ist mit der Unantastbarkeit der Privatsphäre und dem Verbot "grausamer und ungewöhnlich harter Bestrafung"? Wie ist es mit Gesetzen gegen rassistische Diskriminierung und dem Recht auf einen Mindestlohn?

Logisch zu Ende gedacht, ermächtigt das "Pentagon-Kriegsrecht" auch zur Errichtung einer Militärdiktatur, zur Aufhebung aller demokratischen Rechte und zur Inhaftierung aller Andersdenkenden.

Wenn ein Leser diese Einschätzung für übertrieben hält, sollte er sich daran erinnern, dass ein ehemaliger US-General kürzlich die Einrichtung militärischer Internierungslager für "illoyale" und "radikalisierte" US-Bürger gefordert hat (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP13515\\_250715.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP13515_250715.pdf)). Der pensionierte General Wesley Clark, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, hat erklärt: "Wenn sich Leute radikalisieren und aus Überzeugung nicht mehr zu den USA halten, ist das ihr gutes Recht. Es ist aber auch das Recht und die Pflicht der US-Regierung, sie dann im Falle eines Konflikts von der US-Bevölkerung zu separieren." Er fügt noch hinzu: "Solche Bestrebungen gegen die USA müssen wir von Anfang an unterbinden."

Den beunruhigenden Vorschlägen Clarks wurde weder von Politikern noch in den Medien widersprochen. Keiner der sich in beiden Parteien um eine Kandidatur für die Präsidentschaft bewerbenden Kandidaten hat sich zu Clarks Forderung geäußert, vermutlich, weil alle seine Meinung teilen. Clarks Vorschläge wirkten sich auch nicht nachteilig auf seine Beratungsfirma aus. Das Handbuch des Pentagons macht deutlich, dass Clark nur einen Stein ins Wasser geworfen hat, um vorab zu testen, ob dadurch ermöglichte Maßnahmen auf Widerstand stoßen würden.

Als Antonin Scalia (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Antonin\\_Scalia](https://de.wikipedia.org/wiki/Antonin_Scalia)), ein Richter am US Supreme Court (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Oberster\\_Gerichtshof\\_der\\_Vereinigten\\_Staaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Oberster_Gerichtshof_der_Vereinigten_Staaten)), im letzten Jahr zur militärischen Internierung von US-Amerikanern japanischer Herkunft während des Zweiten Weltkriegs befragt wurde, antwortete er: "Sie irren sich, wenn Sie glauben, das könnte nicht mehr passieren." Seine Antwort war vom Geist des Pentagon-Handbuchs geprägt. Er fügte hinzu: "In Kriegszeiten hat das Recht Pause."

Das Handbuch verabreicht auch eine große Dosis der bei der Obama-Regierung üblichen "einlullenden" Rhetorik. Erst wird in abstrakten Formulierungen die Einhaltung demokratischer Prinzipien und bestehender Rechte zugesichert, und dann wird diese Zusicherung mit aus dem Kriegsrecht abgeleiteten Einschränkungen wieder zurückgenommen. Die Obama-Regierung hat diese Taktik schon wiederholt zur Rechtfertigung der NSA-Spionage und der Drohnen-Morde eingesetzt.

In dem Handbuch steht: "Zivilisten dürfen nicht angegriffen werden, es sei denn, sie sind direkt an Kampfhandlungen beteiligt." Dann wird diese klare Aussage aber sofort wieder verwässert: "Zivilisten können bei Militäroperationen unbeabsichtigt getötet werden, die Anzahl der getöteten Zivilisten darf jedoch in Bezug zum erwarteten Erfolg der Operation nicht unverhältnismäßig hoch sein; es müssen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, um die Gefahr, dass bei Militäreinsätzen auch Zivilisten zu Schaden kommen, zu verringern." [S. 128]

Im Klartext heißt das, auch nicht an Kampfhandlungen beteiligte Zivilisten dürfen getötet werden, wenn der erhoffte "militärische Vorteil" groß genug ist. Das macht die am Anfang stehende klare Aussage völlig wertlos. In der Praxis bedeutet das, Militärkommandeure, dürfen weiterhin Massenmorde an Zivilisten begehen und reine Wohngebiete zerstören, wenn sie das aus militärischen Gründen für notwendig halten.

### **Die Brutalität des imperialistischen Krieges**

Im Handbuch wird völlig emotionslos erwogen, wann auf Zivilisten keine Rücksicht zu nehmen ist. Nach Ansicht des Pentagons sind auch Massaker an Zivilisten zulässig, wenn dadurch "operative Ziele" erreicht werden können.

Die Autoren fordern keinesfalls, die Tötung von Zivilisten grundsätzlich zu vermeiden. Es wird nur empfohlen, "zumutbare Vorsichtsmaßnahmen" zu treffen, damit die Anzahl der zivilen Opfer "nicht übermäßig hoch" wird. Als zumutbar gelten Vorsichtsmaßnahmen nur dann, wenn sie ohne großen personellen und zeitlichen Aufwand machbar sind und die humanitäre Rücksichtnahme notwendige militärische Maßnahmen nicht zu sehr behindert [S. 190].

In dem Handbuch steht dazu: "Wenn ein Kommandeur zum Beispiel erkennt, dass durch Vorsichtsmaßnahmen der Erfolg eines Militäreinsatzes gefährdet wäre oder seine Soldaten selbst in Gefahr gerieten, muss er keine Rücksicht auf Zivilisten nehmen." [S. 191]. Damit wird den Kommandeuren ein Blankoscheck für den Massenmord an Zivilisten ausgestellt, weil sie immer behaupten können, aus militärischer Notwendigkeit gehandelt zu haben. Selbst wenn sie die Gefahr für die eigenen Soldaten durch die Auslöschung der Bevölkerung einer ganzen Stadt verringern würden, wäre auch das nach dem Pentagon-Handbuch zulässig.

Mit den vagen Formulierungen des Handbuchs werden eindeutige Bestimmungen aus früheren Jahren zurückgenommen. 1987 hat ein Rechtsberater des US-Außenministeriums noch klargestellt: "Zivile Verluste sind nicht mit möglichen militärischen Erfolgen zu rechtfertigen. Wenn viele Zivilisten zu Schaden kämen, ist ein Angriff auch dann zu unterlassen, wenn dadurch ein wichtiges Ziel nicht erreicht werden kann." [s. The Position of the United States on Current Law of War Agreements: Remarks of Judge Abraham D. Sofaer, Legal Adviser, United States Department of State, Jan. 22, 1987, American University Journal of International Law and Policy 460, 468 (1987), zitiert im Handbuch für das Kriegsrecht, S. 247]

Das Pentagon-Handbuch greift auch die Schutzbehauptung auf, der Feind benutze Zivilisten als "menschliche Schutzschilde", auf die man bei Bombenangriffen keine Rücksicht nehmen könne: "Wenn der Feind Zivilisten absichtlich nicht aus Kampfgebieten entfernt, dann hat er es zu verantworten, wenn bei Angriffen auch Zivilisten getötet werden." [S. 198]

Das ist aber nur der Versuch, "kollektive Strafaktionen" unter einem anderen Namen zu rechtfertigen. Selbst wenn ein vom Pentagon identifiziertes "militärisches Ziel" in einem dicht bevölkerten Gebiet liegt, darf das Militär nach fadenscheinigen juristischen Begründungen in dem Handbuch die dort wohnenden Zivilisten mit Spreng- und Streubomben angreifen, weil sie angeblich als "menschliche Schutzschilde" dienen. Kollektive Strafaktionen sind nach dem Völkerrecht aber Kriegsverbrechen, weil mit ihnen die Bevölkerung terrorisiert und so der Widerstand gebrochen werden soll.

Das Handbuch autorisiert ausdrücklich auch gezielte Tötungen (durch Drohnen oder Killerkommandos). Darin steht: "Militäreinsätze können sich auch gegen einzeln ausgewählte feindliche Kämpfer richten, und die US-Streitkräfte haben solche Einzeloperationen auch schon häufig durchgeführt." [S. 201]

Zur Begründung gezielter Tötungen zitiert das Handbuch aus einer Rede, die Obama am 2. Mai 2011 gehalten hat: "Heute haben die US-Streitkräfte auf meinen Befehl einen Angriff auf ein Anwesen in Abbottabad in Pakistan (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP08711\\_240511.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP08711_240511.pdf) ) vorgenommen [in dem sich Osama bin Laden aufgehalten haben soll.]. Die Operation wurde von einem kleinen Team von US-Marines mit außergewöhnlichen Mut und großem Geschick durchgeführt. Kein US-Amerikaner wurde dabei verletzt. Man versuchte auch, zivile Opfer zu vermeiden. Osama bin Laden wurde in einem Feuergefecht getötet; die Marines konnten nur noch seine Leiche bergen." [S. 201]

Im Handbuch wird nicht erwähnt, dass der Journalist Seymour Hersh (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Seymour\\_Hersh](https://de.wikipedia.org/wiki/Seymour_Hersh) ) Obamas Angaben zu der Aktion als "Sack voller Lügen" bezeichnet hat (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP10915\\_100615.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP10915_100615.pdf) ).

### **Zensur und die bedrohliche Einordnung von Journalisten als "nicht bevorrechtigte Kriegsteilnehmer"**

Die Aufmerksamkeit der Medien hat nur erregt, dass es nach dem Handbuch erlaubt ist, Journalisten wie Spione zu behandeln. Dazu ist in dem Handbuch zu lesen: "Wenn ein Reporter über Militäroperationen berichtet und dazu Informationen sammelt, kann er auch als Spion betrachtet werden." [S. 175]

Das Pentagon ermächtigt seine Streitkräfte, Journalisten "festzunehmen" und "zu bestrafen" (also auch standrechtlich zu erschießen); sie dürfen nicht mehr unangemeldet ihrer Arbeit nachgehen, sondern müssen sich vorher vom US-Militär die "Erlaubnis" und einen "zusätzlichen Ausweis" holen, um über Militäreinsätze berichten zu dürfen.

In dem Handbuch heißt es weiter: "Ein Journalist, der verdächtigt wird, ein Spion zu sein, kann einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen, festgenommen und bestraft werden. Um nicht mit Spionen verwechselt zu werden, sollten Journalisten offen auftreten und die Erlaubnis der zuständigen Militärbehörden einholen. Das Vorzeigen eines Dokumentes, das sie als autorisierte Kriegskorrespondenten ausweist oder ihnen wenigstens die Anwesenheit gestattet, kann Journalisten helfen, nicht mit Spionen verwechselt zu werden." [S.175]

Außerdem ist dem Handbuch zu entnehmen, dass sich Journalisten der Militärzensur zu unterwerfen haben. Dazu heißt es: "Staatliche Behörden (und das Militär) können die Be-

richte von Journalisten zensieren oder andere Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, damit der Feind keine sicherheitsrelevanten Information von ihnen erhält. Nach dem Kriegsrecht haben Journalisten keine Sonderrechte, die ihnen das Betreten des Territoriums fremder Staaten oder von Kampfgebieten ohne Erlaubnis des Staates erlauben, der dort eine Militäroperation durchführt." [S. 175]

Solche Einschränkungen sind eigentlich nur in totalitären Polizeistaaten üblich. Sie ermöglichen auch die Errichtung von Internierungslagern für Journalisten, die zum Beispiel geheimes Material, wie das von Edward Snowden zur Verfügung gestellte, veröffentlichen. Das Handbuch enthält keine Bestimmung, die es dem Pentagon verbietet, wegen angeblicher Spionage zu Zielpersonen erklärte Journalisten auch mit Drohnen anzugreifen. Würden bei diesem Angriff auch die Familie und Freunde des Journalisten getötet, dann würde man sicher behaupten, daran sei der Angegriffene selbst schuld, weil er die mit ihm Getöteten als "menschliche Schutzschilde" benutzt habe.

Halten Sie das für übertrieben? In der neuen Frühling/Sommer-Ausgabe der wissenschaftlichen Zeitschrift *National Security Law Journal* (weitere Infos dazu unter [https://en.wikipedia.org/wiki/National\\_Security\\_Law\\_Journal](https://en.wikipedia.org/wiki/National_Security_Law_Journal) ) erschien ein Artikel mit der Überschrift "Trahison des Professeurs: The Critical Law of Armed Conflict / Academy as an Islamist Fifth Column" (Der Landesverrat der Professoren: Die besonderen Gesetze eines bewaffneten Konflikts / Akademiker als 5. Kolonne der Islamisten, s. [https://www.nslj.org/wp-content/uploads/3\\_NatlSecLJ\\_278-461\\_Bradford1.pdf](https://www.nslj.org/wp-content/uploads/3_NatlSecLJ_278-461_Bradford1.pdf) ) In diesem Artikel behauptet der in West Point lehrende Rechtsprofessors William C. Bradford, Akademiker, die den "Krieg gegen den Terror" kritisieren, würden "dem Feind helfen" und sollten nach dem Kriegsrecht als als "rechtlose Kombattanten" behandelt werden.

Bradford, der Professor an der renommierten US-Militärakademie ist, vertritt allen Ernstes die Meinung, Professoren, die den Krieg gegen den Terror kritisieren, stünden "in Diensten der Islamisten, die planten, die westliche Zivilisation zu zerstören und Kalifate zu errichten". Außerdem wirft Bradford diesen Professoren vor, die Exekutive zu schwächen und weltfremde Pazifisten und schlechte Patrioten zu sein.

Bradford empfiehlt, "illoyale" Professoren zu entlassen und die anderen einen Treueeid schwören zu lassen. Außerdem schlägt er vor, die "Landesverräter" einzusperren und wegen Unterstützung von Terroristen anzuklagen. Schließlich fordert er sogar "illoyale Professoren und Universitäten, die sie beschäftigen, nach dem Kriegsrecht als legitime Ziele" für einen militärischen Angriff zu betrachten".

Bradford macht sich sogar für einen militärischen Staatsstreich stark: "Warum sollte das US-Militär nicht Gewalt anwenden, um einen US-Präsidenten zu stürzen?" Er schlägt auch vor, die Islamisten "durch einen totalen Krieg auszurotten" und ihre Heiligen Stätten zu zerstören.

Die Zeitschrift hat den Artikel wegen "eines ungeheuerlichen Verstoßes gegen die akademischen Sitten" zurückgezogen, und Bradford musste am 30. August seine Professur in West Point aufgeben. Sein Artikel verrät jedoch, wie das Pentagon mit Hilfe des neuen Kriegsrechts seine Kritiker auszuschalten gedenkt. Mit seinen faschistischen Hetztiraden hat Bradford ja nur die Möglichkeiten ausgeschöpft, die das neue "Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht" bietet.

Die Jagd auf Journalisten wie Glenn Greenwald und seinen Partner David Miranda, auf Julian Assange und die Whistleblower Edward Snowden und Bradley (Chelsea) Manning hat bereits gezeigt, was sich mit den Vorwürfen "Spionage" und "Unterstützung des Fein-

des" alles machen lässt. Das Pentagon-Handbuch kodifiziert dieses Vorgehen und ermächtigt das Militär zu äußerst repressiven Maßnahmen gegen Journalisten.

Das Committee to Protect Journalists / CPJ (das Komitee zum Schutz von Journalisten, s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Committee\\_to\\_Protect\\_Journalists](https://de.wikipedia.org/wiki/Committee_to_Protect_Journalists) ) hat am 31. Juli in einer Erklärung gegen das Handbuch protestiert und auf die steigende Anzahl von Journalisten hingewiesen, die in Ausübung ihres Berufes in bewaffneten Auseinandersetzungen getötet oder verletzt werden. In der CPJ-Erklärung heißt es: "Das Verteidigungsministerium der Obama-Regierung hat die Behinderung von Journalisten, die unter Bush mit Beginn des Krieges gegen den Terror einsetzte, übernommen und jetzt sogar in Gesetzesform gebracht; damit hat es dem US-Militär die Möglichkeit verschafft, die Tätigkeit von Journalisten noch stärker einzuschränken."

Es ist bezeichnend, dass die Begriffe "Redefreiheit" und "Pressefreiheit" in dem Pentagon-Handbuch überhaupt nicht vorkommen.

In dem Abschnitt über die militärische Besetzung (eines anderen Landes oder auch der USA) wird festgelegt, dass die Besatzer zu ihrer Sicherheit die Kontrolle über sämtliche Medien, also über Zeitungen, Radio und Fernsehen, über Unterhaltungsveranstaltungen in Kinos, Konzerthallen und Theatern und über die gesamte Kommunikation ausüben. Die Besatzer können zum Beispiel alle Veröffentlichungen und Zeitungen verbieten, die ihre Sicherheit gefährden könnten, und Regeln für neue Medien festlegen, "um die öffentliche Ordnung wieder herzustellen und zu gewährleisten" [S. 759/60].

In einer Fußnote wird vermerkt, dass "die Regelungen dieses Abschnittes nur im Kriegsfall greifen und nicht die im 1. Zusatzartikel der US-Verfassung (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/1.\\_Zusatzartikel\\_zur\\_Verfassung\\_der\\_Vereinigten\\_Staaten](https://de.wikipedia.org/wiki/1._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten) ) garantierten Grundrechte einschränken; bei Bedarf wird sich das Pentagon aber darauf berufen, dass sich die USA ja im Krieg gegen den Terror befinden und der 1. Zusatzartikel nur im Friedenszeiten gilt.

*(Wir haben den 2. Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Den Link und die Seitenangaben in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

## World Socialist Web Site

Published by the International Committee of the Fourth International (ICFI)

### **The Pentagon's Law of War Manual: Part two**

#### **A recipe for total war and military dictatorship**

By Tom Carter

4 November 2015

*This is the second of four articles analyzing the new US Department of Defense Law of War Manual. The first article was posted November 3.*

#### **A framework for military dictatorship**

The most menacing passages of the Pentagon's Law of War Manual concern its relationship to other areas of law. According to the manual, the law of war is separate from and supersedes all other bodies of law, including international human rights treaties and the

United States Constitution's Bill of Rights. This is nothing less than a formula for martial law, military dictatorship and the suspension of the Constitution.

Citing a legal treatise entitled "Military Law and Precedents," the manual states that the law of war can supersede the Constitution: "'On the actual theatre of military operations,' as is remarked by a learned judge, 'the ordinary laws of the land are superseded by the laws of war. The jurisdiction of the civil magistrate is there suspended, and military authority and force are substituted.' Finding indeed its original authority in the war powers of Congress and the Executive, and thus constitutional in its source, the Law of War may, in its exercise, substantially supersede for the time even the Constitution itself ..." (p. 10, emphasis added).

With the entire world declared to be the "battlefield" in the "war on terror," this is a formula for the Pentagon to impose military dictatorship on all of Planet Earth.

When the Pentagon refers to the "law of war," it is not referring to historic precedents or international treaties. The phrase "law of war," in the context of the manual, is a euphemism for "the law according to the Pentagon."

Under the Pentagon's pseudo-legal framework, the "law of war" is an independent source of legal authority that overrides all democratic rights and sanctions arbitrary rule by the military. The manual states: "Although the law of war is generally viewed as 'prohibitive law,' in some respects, especially in the context of domestic law, the law of war may be viewed as permissive or even as a source of authority" (p. 14).

Changing a few words here and there, these doctrines could have been copy-pasted from the writings of the Nazi "crown jurist" Carl Schmitt (1888-1985). According to Schmitt's infamous "state of exception" doctrine, under conditions of a national emergency, the executive is permitted to override democratic protections and disregard the rule of law. Under this doctrine, democratic rights are not formally abrogated, they are simply suspended indefinitely.

Schmitt's "state of exception" doctrine was used as a legal justification for the 1933 "Act to Relieve the Distress of the People and the Reich," also known as the "Enabling Act," which codified Hitler's dictatorship.

The Pentagon manual invokes Schmitt's "state of exception" theory in all but name. Having claimed that the law of war is a "special" discipline of law, as opposed to a "general" discipline, the manual states that "the special rule overrides the general law" (p. 9). For added effect, a Latin legal maxim saying the same thing is cited: "lex specialis derogat legi generali."

Thus, according to the Pentagon, the law of war is the exception to the general "law of peacetime." Here we have nothing less than a Nazi legal doctrine, incorporated by the Pentagon into a major policy document.

"In some circumstances," the Pentagon's manual states, "the rules in the law of war [i.e., the rules invented by the Pentagon] and the rules in human rights treaties may appear to conflict; these apparent conflicts may be resolved by the principle that the law of war is the *lex specialis* during situations of armed conflict [again, the state of exception], and, as such, is the controlling body of law with regard to the conduct of hostilities and the protection of war victims" (p. 9).

In other words, whenever the Pentagon's policies conflict with human rights treaties, the human rights treaties should be ignored.

The manual continues, "Underlying this approach is the fact that the law of war is firmly established in customary international law as a well-developed body of law that is separate from the principles of law generally applicable in peace" (p. 10). The implication is that during wartime, America's vast military establishment is a "separate," independent branch of government, subject to its own rules and accountable to no one.

Despite the references to the war powers of Congress and the executive under the American Constitution, the Pentagon's conceptions are the opposite of the framework envisioned by the framers of the Constitution. The Declaration of Independence, in its list of grievances against the British monarch, charges that the king "affected to render the Military independent of and superior to the Civil power."

Both the Bush and Obama administrations have been fond of invoking the phrase "commander in chief," which appears in Article II of the US Constitution, in a manner that turns its original meaning upside down. The American revolutionaries described the president as the commander in chief of the navy and army as a way of expressing the subordination of the military to civilian authority. This phrase was not meant to elevate the military, with the president as its head, into some kind of supreme authority over the rest of the state and the population.

The manual's reference to "principles of law generally applicable in peace" has particularly sinister implications.

"Human rights treaties," according to the Pentagon, are "primarily applicable to the relationship between a State and individuals in peacetime" (p. 22). Therefore, in "wartime"—including the "war on terror" of indefinite scope and duration—human rights treaties no longer apply.

This formula would allow the Pentagon to override more than just human rights treaties. The manual's authors include the Bill of Rights and other guarantees of civil liberties in the category of laws that apply in "peacetime" only. The arguments made by the manual justify suspending the Bill of Rights altogether as a "peacetime" law that is superseded for the duration of the "war on terror."

But why stop there? Aren't elections also part of a system of laws "generally applicable in peace?" What about other civil liberties? What about the right to freedom of speech, or the right to form political parties? What about the right to trial by jury? What about the right to privacy, and the ban on "cruel and unusual punishment?" What about laws against racial discrimination? The right to a minimum wage?

Taken to its logical conclusion, the Law of War Manual would justify imposing a military dictatorship, suspending all democratic rights and rounding up and imprisoning all dissenters.

Should any reader think this analysis far-fetched, it should be remembered that one top American military man recently called for setting up military internment camps for "disloyal" and "radicalized" Americans. Retired Gen. Wesley Clark (a Democrat) declared: "If these people are radicalized and they don't support the United States and they are disloyal to the United States, as a matter of principle, fine. It's their right, and it's our right and obligation to segregate them from the normal community for the duration of the conflict." He added, "We've got to cut this off at the beginning."

Clark's extraordinary proposals provoked no significant discussion or disagreement within the political or media establishment. None of the current presidential candidates from either major party has referred to Clark's statement, presumably because they do not fundamentally disagree with it. There have been no consequences for Clark's lobbying and consulting firm. The Pentagon's manual makes clear that Clark was merely testing the waters, revealing plans that have been broadly discussed, developed and approved at the highest levels of the state.

Antonin Scalia

When asked last year about the military internment of Japanese-Americans during the Second World War, US Supreme Court Justice Antonin Scalia responded, "You are kidding yourself if you think the same thing won't happen again." He added, in a formulation that mirrors the Pentagon's manual, "In times of war, the law falls silent."

The manual also features a heavy dose of the Obama administration's trademark "balancing" rhetoric. Pursuant to this approach, a basic democratic right or legal principle will be affirmed in abstract terms. But then it will be "balanced" against some authoritarian counter-principle, with the result that the basic principle will be rendered meaningless. The Obama administration has invoked this formula repeatedly as its justification for NSA spying, as well as for drone assassinations.

The document states, "Civilians may not be made the object of attack, unless they take direct part in hostilities." This seems clear enough, but then a "balancing" formula is introduced. "Civilians may be killed incidentally in military operations; however, the expected incidental harm to civilians may not be excessive in relation to the anticipated military advantage from an attack, and feasible precautions must be taken to reduce the risk of harm to civilians during military operations" (p. 128).

In other words, after applying the "balancing" formula, it turns out that it is acceptable to kill civilians if, on balance, the expected "military advantage" outweighs the harm to civilians. This effectively makes the rule against killing civilians meaningless. In practice, the "balancing" formula translates to the unfettered power of military leaders to order mass killing and destruction.

### **The brutality of imperialist war**

The manual features a chilling discussion of killing civilians. According to the Pentagon, massacres of civilians are permissible if they help achieve "operational objectives."

The authors take pains not to state that the killing of civilians is prohibited per se. Instead, the manual indicates that "feasible precautions" should be taken to "avoid" civilian casualties, which should not be "excessive" or "unreasonable." However, the manual defines "feasible precautions" as merely "those that are practicable or practically possible, taking into account all circumstances ruling at the time, including humanitarian and military considerations" (p. 190).

"For example," the document states, "if a commander determines that taking a precaution would result in operational risk (i.e., a risk of failing to accomplish the mission) or an increased risk of harm to their own forces, then the precaution would not be feasible and would not be required" (p. 191). This is a blank check for mass killings of civilians if a military leader decides that failing to do so would be an "operational risk." If exterminating the population of a hostile city would reduce the "risk of harm" to US forces, then the Pentagon manual would allow it.

This “balancing” formulation appears to contradict previous statements of American policy, such as the following remarks from 1987 by a State Department legal adviser: “[C]ivilian losses are not to be balanced against the military value of the target. If severe losses would result, then the attack is forbidden, no matter how important the target” [2].

The manual also codifies the tendentious “human shields” doctrine, whereby civilian deaths are blamed on the targets of indiscriminate bombing. “A party that is subject to attack might fail to take feasible precautions to reduce the risk of harm to civilians, such as by separating the civilian population from military objectives ... the ability to discriminate and to reduce the risk of harm to the civilian population likely will be diminished by such enemy conduct” (p. 198).

This is merely a justification for collective punishment by another name. If the Pentagon identifies a “military objective” in a densely populated area, then the military supposedly has the legal right to obliterate the neighborhood with high explosives and blame the civilian population for being “human shields.” Collective punishment is, under international law, a war crime. It is designed to terrorize a population and discourage resistance.

The manual expressly authorizes targeted killings. “Military operations may be directed against specific enemy combatants,” the document states, adding, “US forces have often conducted such operations” (p. 201).

In support of targeted killings, the manual cites Obama’s speech on May 2, 2011: “Today, at my direction, the United States launched a targeted operation against that compound [suspected of housing Osama Bin Laden] in Abbottabad, Pakistan. A small team of Americans carried out the operation with extraordinary courage and capability. No Americans were harmed. They took care to avoid civilian casualties. After a firefight, they killed Osama bin Laden and took custody of his body” (p. 201).

The manual fails to mention that journalist Seymour Hersh has exposed the account given in Obama’s speech as a pack of lies.

### **Censorship and targeting of journalists as “unprivileged belligerents”**

The manual’s proposed treatment of journalists as spies has evoked the only media attention to the document. “Reporting on military operations,” the manual states, “can be very similar to collecting intelligence or even spying” (p. 175).

The Pentagon goes on to authorize itself to “capture” and “punish” journalists, forbid journalists to work anonymously, and require that journalists obtain “permission” and “identification documents” from the US military to conduct their work.

The manual states: “A journalist who acts as a spy may be subject to security measures and punished if captured. To avoid being mistaken for spies, journalists should act openly and with the permission of relevant authorities. Presenting identification documents, such as the identification card issued to authorized war correspondents or other appropriate identification, may help journalists avoid being mistaken as spies” (p. 175).

The document further states that journalists can be subject to military censorship. It declares: “States may need to censor journalists’ work or take other security measures so that journalists do not reveal sensitive information to the enemy. Under the law of war, there is no special right for journalists to enter a State’s territory without its consent or to access areas of military operations without the consent of the State conducting those operations” (p. 175).

There is nothing here that would be out of place in the code of laws of a totalitarian police state. This legal framework, for example, would justify setting up a military internment camp to imprison each journalist who published material disclosed by Edward Snowden. There is nothing in the manual that would prohibit the Pentagon from launching drone strikes against targeted journalists who are deemed to be acting as “spies.” (If a journalist’s family and friends were killed in the drone strike, it would be the journalist’s fault for employing “human shields”).

Do we exaggerate? An article appeared in the recent spring/summer issue of the academic National Security Law Journal titled “Trahison des Professeurs: The Critical Law of Armed Conflict/Academy as an Islamist Fifth Column” [3 Nat’l Sec. L.J. 278 (2015)]. In this article, West Point law professor William C. Bradford argues that academics who criticize the “war on terror” are “aiding the enemy,” such that they should be treated as “unlawful combatants” under the law of war.

Bradford, a professor at the prestigious United States Military Academy, goes on to argue that by criticizing the war on terror, certain professors are working in “the service of Islamists seeking to destroy Western civilization and re-create the Caliphates.” These professors, Bradford charges, are guilty of “skepticism of executive power,” “professional socialization,” “pernicious pacifism,” and “cosmopolitanism.”

Bradford recommends firing “disloyal” professors and imposing loyalty oaths at universities. He further recommends arresting and prosecuting professors for treason and for providing material support to terrorism. Finally, he argues that “disloyal” professors and the universities that employ them could be considered “lawful targets” for military attack under the law of war.

Bradford has also advocated a military coup (“What conditions precedent would be required before the American military would be justified in using or threatening force to oust a US president...?”) and genocide (“total war” until “the political will of Islamist peoples” is broken, or until “all who countenance or condone Islamism are dead”). The latter policy would include the targeted destruction of “Islamic holy sites.”

The journal subsequently repudiated Bradford’s article, calling it an “egregious breach of professional decorum,” and Bradford resigned from West Point on August 30. However, the episode provides a glimpse of what the Pentagon has in mind for its critics under the “law of war.” Bradford’s fascist rants simply represent the doctrines expressed in the Law of War Manual taken to their logical conclusions.

The persecution of journalists such as Glenn Greenwald (and his partner David Miranda) and Julian Assange, together with whistleblowers such as Edward Snowden and Bradley (Chelsea) Manning, has already made clear that the American government will treat the exposure of official criminality as “espionage” and “aiding the enemy.” The Pentagon’s manual codifies this position and authorizes the military to carry out repressive measures against journalists.

The Committee for the Protection of Journalists (CPJ) issued a statement on July 31 protesting the manual, pointing to the rising numbers of journalists killed and maimed while covering armed conflicts. “The Obama administration’s Defense Department,” the CPJ wrote, “appears to have taken the ill-defined practices begun under the Bush administration during the War on Terror and codified them to formally govern the way US military forces treat journalists covering conflicts.”

It is significant that the words “freedom of speech” and “freedom of the press” do not appear anywhere in the Pentagon’s manual.

In a section setting forth the Pentagon’s authority as an “Occupying Power,” the manual states that “for the purposes of security, an Occupying Power may establish regulation of any or all forms of media (e.g., press, radio, television) and entertainment (e.g., theater, movies), of correspondence, and of other means of communication. For example, an Occupying Power may prohibit entirely the publication of newspapers that pose a threat to security, or it may prescribe regulations for the publication or circulation of newspapers of other media for the purpose of fulfilling its obligations to restore public order” (pp. 759-60).

A footnote includes the caveat that “this sub-section focuses solely on what is permitted under the law of war and does not address possible implications of censorship under the First Amendment of the Constitution.” Presumably, the authors would contend that the First Amendment applies only in “peacetime,” and is “superseded” by the Pentagon’s “lex specialis” for the duration of the “war on terror.”

To be continued

Notes:

[2] See The Position of the United States on Current Law of War Agreements: Remarks of Judge Abraham D. Sofaer, Legal Adviser, United States Department of State, Jan. 22, 1987, American University Journal of International Law and Policy 460, 468 (1987) (cited in the Law of War Manual, p. 247).

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**